



Kreis Kaiserslautern

Wolfgang Straßer · Von-Brentano-Str. 3 · 67685 Weilerbach

↳ ALI b.R.

Herrn Landrat
Ralf Leßmeister
Landkreis Kaiserslautern
Lauterstraße 8
67657 Kaiserslautern

Kreistagsfraktion AfD
Wolfgang Straßer
Tel. +49 (0) 174/281 59 46

Zeichen / Datum Ihres Schreibens

Anlagen

Kaiserslautern, den 24.08.2020

-/-

Antrag: Aufnahmestopp Flüchtlinge im Kreis Kaiserslautern

Sehr geehrter Herr Landrat Leßmeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

die prekäre Finanzsituation des Landkreises Kaiserslautern und seiner Kommunen veranlassen uns zu beantragen, über einen Aufnahmestopp für Flüchtlinge und Asylbewerber in der nächsten Sitzung des Kreistages zu beraten. Bitte setzen Sie das Thema daher auf die Tagesordnung.

Gründe:

Uns ist selbstverständlich bekannt, dass die Länder gesetzlich zur Aufnahme und Unterbringung von Asylbegehrenden verpflichtet sind. Die Verteilung auf die Bundesländer erfolgt nach dem sog. „Königsteiner Schlüssel“. Rheinland-Pfalz nimmt dementsprechend 4,8 % aller Asylbegehrenden in Deutschland auf.

Die Länder bringen die Flüchtlinge in Erstaufnahmestationen unter und verteilen sie unmittelbar nach Anerkennung des Asyls durch das BAMF in die Kommunen. Die Kreise nehmen somit zwar keine Flüchtlinge unmittelbar auf, sondern haben nur koordinierende Funktionen. Auch dies ist uns bekannt.

Dennoch sind die Bürger im Landkreis Kaiserslautern unmittelbar von den Kosten, die das Asylbewerberleistungsgesetz verursacht, betroffen. Sie kommen mit ihren Steuer- und Gebührenzahlungen direkt für diese Leistungen auf. Des Weiteren nehmen bereits die Sozialleitungen für deutsche Mitbürger einen großen Raum ein. Zusammen mit den kreditfinanzierten Leitungen zur Bewältigung der Corona-Krise und den Lebensunterhaltungskosten der Flüchtlinge sind vor allem in den überschuldeten Landkreisen

Dimensionen erreicht, die uns zum unbezahlbaren Wohlfahrtsstaat werden lassen. Der Landkreis Kaiserslautern und seine kreisangehörigen Kommunen, aber auch die Stadt Kaiserslautern gehören ohnehin zu den höchst verschuldeten Gebietskörperschaften Deutschlands.

Wie fordern daher Sie, Herr Leßmeister, als Landrat und die Kreisverwaltung dazu auf, zusammen mit den Stadtvorständen eine Resolution an die Landesregierung Rheinland-Pfalz zu verfassen, nach der unverzüglich -unter besonderer Berücksichtigung der belastenden Finanzsituation unseres Landkreises- den Kommunen im Zuständigkeitsbereich des Kreises Kaiserslautern keine Flüchtlinge oder Asylbewerber mehr zugeteilt werden.

Wir beantragen daher, einen entsprechenden Entwurf eines Resolutionstextes dem Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Wir bedanken uns bereits im Voraus für Ihre Ausarbeitung.

Mit freundlichen Grüßen

M. Straßer